

14. II. 1919

14
14
89

Die Brot- und Mehllquote muß erhöht werden!

Der Herr Staatssekretär für Volksernährung hat gestern eine Konferenz von Pressevertretern nur zu dem Zweck einberufen, um gegen die Forderung des „Abend“ zu polemisieren, daß die Brot- und Mehllquote erhöht werden müßte. Daß Herr Dr. Löwenfeld-Ruß wegen dieser Forderung gegen uns, wenn auch in verfechter Form, den Vorwurf der Demagogie erheben werde, war uns von vornherein klar. Wir versichern dem Herrn Staatssekretär, daß wir uns, was immer er sagen und tun möge, auch weiterhin nicht beirren lassen. Es genügt uns, daß er selbst feststellt, die jetzige Ration sei eine Hungerration. Da die Bevölkerung von dieser Feststellung nicht satt wird, so bleibt nichts anderes übrig, als die Ration zu erhöhen. Wenn Herr Löwenfeld-Ruß dies nicht kann, so muß der Mann gefunden werden, der es zuwege bringt.

Die Forderung ist: Die Entente muß mehr Lebensmittel schicken und es müssen die Männer gefunden werden, die sie dazu bewegen.

Herr Dr. Löwenfeld und sein Kreis besitzt offenbar diese Fähigkeit nicht. Was soll man zu einem Staatssekretär sagen, der erklärt, ohne Schleichhandel käme kein Fleisch nach Wien. Wem kommt denn das Schleichhandelsfleisch zugute? Ist das eines Staatssekretärs würdige Auffassung für die Volksernährung?

Herr Dr. Löwenfeld-Ruß hat gestern erklärt, der Bankdirektor von Adler sei als Wiener Vertreter der deutschösterreichischen Kommission ins Ausland gefahren. Dagegen müssen wir uns als Wiener verhalten. Ein Bankdirektor, dem es während des Krieges wahrscheinlich nie an Lebensmitteln gefehlt hat, und der noch dazu bis zum Kriegsausbruch in Paris gelebt hat. Wir erwarten, daß der Wiener Stadtrat, der über diese Angelegenheit, wie wir wissen, bereits eine Debatte abgeführt hat, sich den Herrn v. Adler als Vertreter nicht gefallen lassen und der Regierung den Standpunkt klar machen wird.

Herr Dr. Löwenfeld-Ruß hätte allen Grund gehabt, über die Person des Herrn v. Adler mit Stillschweigen hinwegzugehen. Herr v. Adler wurde von einer hohen republikanischen Regierung auserwählt, weil er angeblich in Paris glänzende Beziehungen besitzt, die er für Wien und Deutschösterreich nutzbar machen sollte. Diese Beziehungen haben sich als so glänzend erwiesen, daß Herr v. Adler nicht einmal die Einreisebewilligung nach Frankreich erteilt wurde, während den zwei anderen, den Herren Dr. Schüller und Grünberger, die Erlaubnis erteilt worden ist. Und dieselbe Regierung, der dies widersfahren ist, beschwert sich darüber, daß der „Abend“ ihr Unfähigkeit vorwirft.

Wo immer man hinblickt, es kommt ein Fehler zum Vorschein. Sollte eine hohe republikanische Regierung, statt gegen den „Abend“ zu polemisieren, nicht lieber Buße tun und das etwas schwache Köpfchen mit dem Nachdenken darüber anzustrengen, wie die Brotquote denn doch erhöht werden könnte?